



Demonstranten vor Google-Firmenbus in San Francisco

STEVE RHODES / DEMOTIX

DIGITALWIRTSCHAFT

Belagerung im Valley

Weil das Internetbusiness blüht, explodieren Mieten und Preise in San Francisco. Der Zorn der Bürger entlädt sich in Protesten gegen Google, Apple und Co., die Lokalpolitiker sind ratlos.

Eine Bushaltestelle im Zentrum von San Francisco am frühen Morgen, zwei Warteschlangen. Die eine: müde Menschen mit Zeitungen und Frühstück von McDonald's, ein klapperiger Bus der Verkehrsbetriebe fährt vor.

Die andere: junge Männer mit Laptop-Tasche und Smartphone oder einer Google-Brille auf der Nase. Ein glänzender weißer Doppeldeckerbus mit verdunkelten Schreibern fährt vor, ausgestattet mit Ledersitzen, Funknetz, Snacks und Getränken.

Dutzende solcher Luxusbusse schieben sich jeden Morgen durch die Stadt. Sie fahren im Auftrag von Google, Apple, Facebook oder einem der anderen großen Tech-Unternehmen. Fast alle unterhalten ihre eigenen Buslinien, um jeden Morgen Zigtausende ihrer Mitarbeiter ins rund 60 Kilometer entfernte Silicon Valley hinauszukarren. Dort haben die Konzerne ihre Zentralen, große campusartige Anlagen, die die Mitarbeiter rund-

um versorgen, mit Restaurants, Sportplätzen, Kinos.

Nur: In dieser Einöde aus Einkaufszentren und Einheitsbauten wollen die wenigsten leben. Und so ziehen die hochbezahlten Software-Ingenieure, Programmierer und App-Entwickler lieber nach San Francisco und in die umliegenden Vororte. Dank der Luxusbusse ist die Pendelei nicht anstrengend, sondern „eine Erleichterung“, sagt ein Facebook-Mann. „Mit dem eigenen Auto ginge das nicht.“ Und fügt dann hinzu: „Aber man traut sich ja schon nicht mehr, das offen auszusprechen.“

Denn die Busse sind zum Symbol geworden für die Arroganz der Tech-Giganten und die Angst der Normalbürger. San Francisco droht überrollt zu werden von den gutverdienenden Arbeitsbienen der Digitalwirtschaft, die dank exorbitanter Gehälter und Aktiengewinne alle anderen verdrängen.

Im „San Francisco Magazine“ warnte einer der bedeutenden Intellektuellen der

Stadt davor, dass San Francisco von einer Stadt der Aufklärung zur Stadt der Apps werde. Andere prangern an, dass der IT-Boom die Region kulturell aussauge, weil Künstler und Kreative vertrieben und durch eine gleichförmige Masse aus Programmierern ersetzt würden.

Von „Neo-Kolonialisierung“ ist die Rede, von Apple, Google und Co. als „neuen dunklen Herrschern“. Die IT-Arbeiter, meist junge Männer in Fleece-Pullis und Turnschuhen, blass und bebrillt, werden dämonisiert als neureiche Ultrakapitalisten.

In den vergangenen Monaten eskalierte der Konflikt. Ein Google-Bus wurde von Demonstranten umzingelt, ein Apple-Transporter blockiert, das Twitter-Hauptquartier von Demonstranten belagert. Google lässt nun seine Busse vereinzelt von Wachpersonal schützen und bringt einen Teil seiner Mitarbeiter lieber über Wasser mit Fähren aus der Stadt. Bei einer öffentlichen Anhörung vergangene Woche zum Streit um die Busse ereiferte sich das Publikum über den „ungezügeltten Kapitalismus“ der „Tech-Barone“. Ein Google-Mitarbeiter konterte: „Wir sind doch nicht alle Millionäre.“

In San Francisco ist ein Kulturkampf ausgebrochen, und nun fragen sich Nerds wie Normalbürger: Wie konnte das passieren?

Der Tech-Boom hat Zigtausende Arbeitsplätze geschaffen und viele Menschen reich gemacht in der Bay Area, der

Gegend um San Francisco. Aber längst nicht alle profitieren. Und so scheint ausgerechnet das Wirtschaftszentrum des egalitären und liberalen Kalifornien auf dem Weg in eine Zweiklassengesellschaft zu sein: hier all jene, die für ein Tech-Unternehmen arbeiten; dort alle anderen.

San Francisco und das Silicon Valley werden zum Fallbeispiel für eine allzu einseitige Wirtschafts- und Industriepolitik, mangelhafte staatliche Planung und die Verdrängung alteingesessener Bevölkerungsgruppen durch die Gewinner der Digitalisierung.

Es ist eine bizarre Entwicklung. Die IT- und Tech-Branche ist eine blühende Industrie, und die Bay Area ist ihr Herz, Sitz zahlloser Weltkonzerne und Tausender Start-ups. Andere Regionen würden sich freuen, wenn sie auch nur einen Konzern vom Typ Google beherbergen würden. Doch die kalifornischen Politiker und Manager haben es weitgehend versäumt, dafür zu sorgen, dass die blühenden Geschäfte der Netzindustrie auch der übrigen Bevölkerung zugutekommen.

So ist die Infrastruktur von San Francisco schon in den vorangegangenen Boomphasen kaum mitgewachsen. Die Stadtverwaltung hält seit Jahrzehnten an alttümlichen Bauvorschriften fest. Dadurch wirkt San Francisco zwar in vielen Vierteln wie eine Puppenstube: hübsch und konserviert. Doch jedes Jahr entstehen nur wenige hundert Wohnungen und Büros, obwohl Zehntausende neuer Arbeitskräfte in die Stadt strömen. Die Folge: Verteilungskämpfe und Verdrängung.

Der Durchschnittspreis für eine Wohnimmobilie lag zuletzt bei einer Million Dollar. Die Mieten sind sogar höher als in Manhattan. Normale Dreizimmerwohnungen kosten 5000 Dollar im Monat aufwärts, in besseren Lagen deutlich mehr. Mieterhöhungen von 20 Prozent pro Jahr sind keine Seltenheit. Mitunter mieten die Tech-Unternehmen ganze Häuser an und setzen in jedes Zimmer einen Programmierer. Gezahlt wird nicht selten in bar und ein Jahr im Voraus.

Eine politische Diskussion über Mietpreisbremsen gibt es nicht. Sozialwohnungen sind Mangelware. Und während Twitter Steuererleichterungen in Millionenhöhe für ein neues Hauptquartier in der Innenstadt bekommt, wird dem China-Restaurant auf der anderen Straßenseite die Miete um 50 Prozent erhöht.

Allein der Twitter-Börsengang hat 1600 neue Millionäre geschaffen. Die bis zu 100 000 Dollar teuren Elektroautos von Tesla sind auf den Straßen von San Francisco allgegenwärtig.

Gleichzeitig berichten die Lokalmedien seit Monaten immer wieder über Krankenschwestern oder einfache Büroangestellte, die sich die Stadt nicht mehr leisten können. Doch es passiert nichts. Die öffentlichen Transportsysteme sind

schlecht ausgebaut, überlastet und störungsanfällig – nur deshalb kommen die Luxusbusse überhaupt zum Einsatz. Im Industriestaat Kalifornien existiert nicht einmal eine durchgängige Zugverbindung zwischen San Francisco und Los Angeles.

Im direkten Umland und in den besseren Gegenden im Silicon Valley ist die Lage kaum besser, auch dort explodieren die Preise, sei es für Immobilien oder Lebensmittel. Die Armen, Gescheiterten und Kriminellen sammeln sich auf der anderen Seite der Bay, in Oakland: Die Stadt ist die gefährlichste der USA mit den meisten Raubüberfällen und Einbrüchen.



Skyline von San Francisco



Selbst in San Francisco gibt es Viertel, die man nachts nicht betreten sollte, sogar in der Innenstadt. Die Zahl der Obdachlosen ist groß. Viele haben Drogenprobleme oder sind psychisch krank und aggressiv. Auch diesem Problem begegnet die Stadtverwaltung mit einer seltsamen Laissez-faire-Haltung.

Die Bay Area ist seit den sechziger Jahren das Zentrum der amerikanischen Linken, ein Refugium für Alt-Hippies, Kreative und Pazifisten. San Francisco wirkt mitunter wie eine Mischung aus Kreuzberg und Hamburger Schanzenviertel, bevölkert vom Fundi-Flügel der Grünen.

Die linksliberalen Wurzeln haben das Silicon Valley von Anfang an geprägt –

und jene „kalifornische Ideologie“ geschaffen, der sich so viele Unternehmer hier verschrieben haben: eine eigenwillige Mischung aus freiheitlichem, bisweilen antistaatlichem Denken, wilder Kreativität und Kapitalismus. Apple-Gründer Steve Jobs lebte sogar für eine Weile in einer Kommune.

Die meisten Techies verstehen sich demnach keineswegs als konservative Kapitalisten, im Gegenteil: Sie fahren Elektroautos, kaufen Bio, tragen Kapuzenpulli statt Krawatte und kämpfen für die Legalisierung von Marihuana.

Für die alteingesessenen Intellektuellen sind sie trotzdem nur die „Monster aus dem Silicon Valley“, wie die Schriftstellerin Rebecca Solnit schreibt. „Die IT-Unternehmen, für die sie arbeiten, sind nicht unsere Freunde. Sie sind im Begriff, eine völlig unkontrollierbare Macht zu werden. Das muss verhindert werden.“

In anderen Teilen der Welt gehen die Menschen auf die Straße, um Werksschließungen zu verhindern, in San Francisco würden manche die Industrie am liebsten aus der Stadt jagen. Vielleicht sollte man das ganze Silicon Valley einfach in die sterbende Industriestadt Detroit verlegen, witzelte ein US-Kulturmagazin: Da würde man sich über die Arbeitsplätze sicher freuen.

Allerdings hat auch das Verhalten der Konzerne bislang wenig dazu beigetragen, den Konflikt zu entschärfen – im Gegenteil. Vergangenes Jahr wurde bekannt, dass Google, Apple und andere mit großem Aufwand vermeiden, in den USA Unternehmenssteuern zu zahlen. Die Empörung darüber war groß, nicht nur in San Francisco.

Auch karitative oder sozial engagierte Unternehmensstiftungen, wie sie etwa Bertelsmann, die Deutsche Telekom oder Bosch betreiben, sind für die meisten Tech-Konzerne kein Thema. Mark Zuckerberg hat offenbar erkannt, dass es so nicht weitergehen kann. Der 29-jährige Facebook-Gründer spendete im vergangenen Jahr eine Milliarde Dollar an die lokale „Silicon Valley Community Foundation“, die unter anderem Bildungseinrichtungen in der Region unterstützt.

Doch keines der durch den Luxusbusstreit bedrängten Unternehmen nutzte die Gelegenheit, die Politik zum Ausbau der öffentlichen Infrastruktur zu drängen oder eine Debatte über das Wachstum der Region zu forcieren. Politisch engagieren sich die meisten Valley-Unternehmen eben nur, wenn ihre Geschäftsinteressen berührt werden.

Es scheint, als würde sich das auch so schnell nicht ändern: Vergangene Woche wurde entschieden, dass die Tech-Konzerne nun dafür zahlen müssen, um die öffentlichen Bushaltestellen zu nutzen. Einen Dollar für jeden haltenden Bus.

THOMAS SCHULZ